

© *Der Bund*; 3. August 2001

Die Idee der Grossgemeinde Bern ist neu lanciert

FUSION / Berns Stadtratspräsident Christoph Stalder schlug in seiner 1.-August-Rede den Zusammenschluss der Stadt mit Regionsgemeinden vor. Neun Gemeinden sähe er im neuen Grossgebilde vereinigt, präzisierte Stalder gestern. In der Stadt wird die Idee als gut, aber unrealistisch taxiert. Die Regionsgemeinden hegen ein gewisses Misstrauen, sind aber nicht grundsätzlich gegen eine Fusion.

susanne wenger, adrian aeschlimann

«Es muss ohne Vorurteile geprüft werden, ob die heutigen Gemeindegrenzen heilig sind oder ob nicht eine Vereinigung der Stadt Bern mit den umliegenden Vorortsgemeinden besser wäre»: Der Berner Stadtratspräsident Christoph Stalder schnitt vorgestern in seiner 1.-August-Rede auf dem Münsterplatz ein brisantes Thema an («Bund» von gestern). Er träume nicht «von einem Gross-Bern wegen der Grösse», beeilte sich der Freisinnige zu versichern, doch «die Gemeinsamkeiten, die Verflechtungen und die gegenseitige Abhängigkeit werden immer grösser». Die politischen Grenzen stimmten mit der wirtschaftlichen, kulturellen, bildungspolitischen und verkehrsmässigen Wirklichkeit nicht mehr überein, befand Stalder.

Eine Grossgemeinde Bern: Der höchste Stadtberner lanciert eine Idee neu, die bereits vor zehn Jahren diskutiert wurde. «Zämebärn», eine Arbeitsgruppe aus Kreisen der SP und der Partei Junges Bern Freie Liste, schlug damals vor, die Region Bern bilde sinnvollerweise eine Gemeinde. Das Vorhaben wurde 1991 an einer Tagsatzung im Berner Rathaus diskutiert, in die Vernehmlassung gegeben - und fiel bei der Mehrheit durch. «Zu utopisch», lautete das Urteil bei den Gemeinden.

Sein Gedanke beinhalte auch heute noch ein utopisches Element, sagte Christoph Stalder gestern auf Anfrage. Auf der anderen Seite will Stalder aber, dass die Grossfusion «von der Utopie zum Thema wird». Er sieht einen realen Hintergrund: Nach dem neuen Gemeindegesetz seien Zusammenschlüsse von Gemeinden erwünscht, zudem reformiere der Kanton die Amtsbezirke und Wahlkreise. Der Berner Stadtratspräsident spricht ausdrücklich von einer Fusion, es geht ihm nicht einfach um den Ausbau der Zusammenarbeit, wie sie im Verein Region Bern (VRB) mit seinen 24 Gemeinden schon existiert.

«Kein Eroberungsversuch»

Welche Gemeinden sähe er denn in der neuen Grossgemeinde vereinigt? Die Antwort kommt klipp und klar: «Bern, Bremgarten, Ittigen, Bolligen, Ostermundigen, Muri, Köniz, Zollikofen - und Kehrsatz wäre zu prüfen.» Es handelt sich um Gemeinden im Norden, Osten und Süden Berns (siehe Grafik) mit städtischer Siedlungsstruktur. Den Westen sieht Stalder mit Bümpliz bereits genügend abgedeckt. Und die im Nordwesten an die Stadt grenzenden Gemeinden Kirchlindach und Wohlen seien eher ländlich, konstatiert Stalder. Die neue Grossgemeinde à la Stalder hätte eine Fläche von 14 869 Hektaren und würde rund 221 000 Einwohnerinnen und Einwohner zählen. Ihm schwebte «ein Zusammenschluss unter Gleichen, im gemeinsamen Willen der beteiligten Partner» vor, betont Christoph Stalder. Deshalb hat er auch mit dem Wort «Eingemeindung» Mühe: «Die Stadt würde nicht sagen, jetzt übernehmen wir Muri.» Sein Vorschlag dürfe «nicht als Eroberungsversuch angeschaut» werden, stellt Stalder klar.

Regionale Zusammenschlüsse waren bisher eher ein Thema der Linken. So forderten die Stadtberner Rot-Grün-Mitte-Parteien letztes Jahr in ihrer Wahlplattform den «gemeinsamen politischen Raum Bern», zu erreichen durch «Zusammenschlüsse von Gemeinden oder Teilen davon». Irène Marti Anliker, Kopräsidentin der Stadtberner SP, ist denn auch froh um «das Signal» des bürgerlichen Stalder. Für sie sind im Moment jedoch Zwischenschritte wie die Etablierung der Region als politische Ebene realistischer. Gar «riesige Fragezeichen» hinter die Realisierbarkeit setzt Stalders Parteikollege Adrian Haas, Fraktionschef der Stadtberner FDP. Er bevorzugt die Zusammenarbeit in Sachfragen. Zudem eröffne auch das New Public Management Möglichkeiten: Einzelne Gemeinden könnten Aufgaben von anderen Gemeinden übernehmen.

Region zurückhaltend

Für Theo Weber (svp), Ostermundigens Gemeindepräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung des VRB, kommt es nicht überraschend, dass der Berner Stadtratspräsident die Idee der Grossgemeinde erneut aufs Tapet bringt: «Der finanzielle Leidensdruck in der Stadt Bern wird immer grösser.» Aus der Sicht des VRB gebe es jedoch «nur den Weg der kleinen Schritte», sagt Weber. Noch dieses Jahr setzte der VRB eine Arbeitsgruppe ein: Sie prüft, wie die VRB-Entscheide, die bislang nur den Charakter einer Empfehlung haben, rechtsverbindlich gemacht werden können. Diese Stärkung des VRB bedeute jedoch nicht die Schaffung einer neuen politischen Ebene zwischen Gemeinden und Kanton. Endziel des VRB sei ein Zusammenschluss dieser Gemeinden.

Zurückhaltender punkto Fusion zeigt sich Ittigens Gemeindepräsident Beat Giauque (Bürgervereinigung Ittigen). In einem Jahr feiere seine Gemeinde den 20. Jahrestag der Selbständigkeit (vorher waren Bolligen, Ostermundigen und Ittigen eine Gemeinde). Es habe sich ein Eigenleben entwickelt, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Gemeinde sei gross. «Wie stark bleibt diese Identifikation, wenn Ittigen in einer Grossgemeinde nur noch Quartiercharakter hätte?» fragt Giauque. Trotz dieser skeptischen Haltung strebe die Gemeinde mit der Stadt Bern Kooperationen an, «jedoch als gleichberechtigter Partner».

Margret Kiener Nellen, Gemeindepräsidentin von Bolligen und SP-Grossrätin, kann Stalders Vorschlag viel Gutes abgewinnen. «Die Schweiz ist überstrukturiert. Wir haben zu viele kleine Kantone und zu viele kleine Gemeinden.» Deshalb hofft Kiener, dass SP und FDP anlässlich der Grossrats-Debatte zur Reform der Amtsbezirke eine Mehrheit bilden und dem Modell mit nur noch fünf Verwaltungsregionen zum Durchbruch verhelfen werden. Anders als Stalder schwebt Kiener ein Gross-Bern vor, das mindestens die 13 Gemeinden des heutigen Amtsbezirks umfasst.

Noch einen Schritt weiter geht der Könizer Gemeindepräsident Henri Huber (sp). Für ihn «liegt der an sich sympathische Zusammenschluss im Bereich der Utopie». In den Agglomerationsgemeinden gebe es wegen der desolaten Finanzlage der Stadt keinen politischen Willen zur Fusion. Eine solche könne nur über ein Anreizsystem funktionieren.

Huber nennt ein Beispiel: «Wenn sich die grossen Agglomerationen zusammenschliessen, sollen sie zu Halbkantonen werden und einen Sitz im Ständerat bekommen.» Die Idee einer Fusion von Stadt und Agglomeration zu einer Gemeinde indes betrachtet er als «veraltet».